

DKFM. FERDINAND LACINA
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

II-9980 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Z. 11 0502/288-Pr.2/89

Wien, 1. Februar 1990

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

4652/AB

1990 -02- 02

Parlament
W i e n

zu 4638/J

1017

Auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Rudolf Parnigoni und Genossen vom 1. Dezember 1989, Nr. 4638/J, betreffend Grenzlandäquivalent, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 3.:

Die Einführung eines Grenzlandäquivalents in Form einer Steuerbegünstigung erscheint mir deshalb problematisch, weil dies der Zielsetzung der Steuerreform, die Überfrachtung des Steuerrechts mit Lenkungsmaßnahmen abzubauen, entgegenwirken würde. Abgesehen davon wäre die Einführung einer derartigen Förderung mit Schwierigkeiten bei der regionalen Abgrenzung verbunden und auch verfassungsrechtlich nicht unbedenklich.

Ähnliche Probleme stellen sich hinsichtlich einer steuerlichen Förderung von Dienstnehmern, die sowohl Wohnsitz als auch Arbeitsplatz im Grenzgebiet haben. Eine solche Förderung würde sich beispielsweise überhaupt nicht bei den arbeitslosen Bewohnern der Grenzgebiete auswirken.

Zur Klarstellung darf ich aber darauf hinweisen, daß ich einer Förderung des Grenzlandes im Rahmen der direkten Wirtschaftsförderung positiv gegenüberstehe und insbesondere nach Öffnung der Grenzen die zu erwartenden Impulse durch Erhöhung des Förderungsrahmens genutzt werden sollten.

Der Herr Staatssekretär ist - wie er mir mitteilt - der Auffassung, daß seine Meinungsäußerung nicht dem parlamentarischen Fragerecht gemäß § 90 GOG unterliegt. Er ist aber gerne bereit, in einem persönlichen Gespräch mit den anfragenden Abgeordneten zu der von der Anfrage angesprochenen Angelegenheit Stellung zu nehmen.

